

Eltern zwingen Bezirke zum Nachbessern

Manfred Weiß
06.07.11

Schulbegleitung: Landtagsausschuss teilt Besorgnis – Auch Entgeltsregelung wird überarbeitet

ELSENFELD. Erleichterung bei den Eltern schwerstbehinderter Kinder. Der sozialpolitische Ausschuss des bayerischen Landtags hat unlängst mit den Stimmen aller Fraktionen eine Petition der Initiative »Qualifizierte Schulbegleitung« befürwortet. Diese drängt darauf, Mängel in den Leistungsvereinbarungen zwischen den bayerischen Bezirken und den Trägern von Angeboten der Schulbegleitung, etwa bei der Entgeltregelung, abzustellen – zum Vorteil von Kindern und Eltern.

Über 2200 Unterstützer

Nach den Worten von Initiativensprecher Manfred Stollenwerk haben sich die Abgeordneten ohne Vorbehalte den Ausführungen der Petition angeschlossen. Die Initiative, von um das Kinderwohl besorgten Eltern ins Leben gerufen, wehrt sich unter anderem gegen die derzeit bestehenden Regelungen des Bezirks Unterfranken

bei der Bezahlung von Schulbegleitern. Die über 2200 Unterstützer der Petition, die am Februar an den CSU-Landtagsabgeordneten Peter Winter (Waldaschaff) übergeben wurde, verlangen eine adäquate Bezahlung qualifizierter Schulbegleiter.

Die Initiative fordert eine Pauschalierung der Leistungen. Unter anderem soll die Fortzahlung des Lohns für die Schulbegleiter im Krankheitsfall sichergestellt werden. Bislang hat der Bezirk Unterfranken die Zahlungen nach einigen Krankheitstagen des Schulbegleiters oder des betreuten Kindes einfach eingestellt. Das stellte alle Beteiligten vor große Probleme.

Geld auch im Krankheitsfall

Schulbegleiter leisten wertvolle Dienste. Ihre Arbeit erst ermöglicht es Kindern mit schwerer Behinderung oder sonderpädagogischem Förderbedarf, am Schulunterricht teilzunehmen.

Beispielsweise geben sie als »Stützer« Kommunikationshilfen. Ohne diese Impulse könnten viele behinderten Kinder dem Unterricht nur teilnahmslos folgen.

Mitspracherecht für die Eltern

Die Arbeit der in Bayern rund 1000 Schulbegleiter ist anspruchsvoll und für diese oftmals psychisch sehr belastend. Viele Kinder weisen ein hohes Potenzial an Aggressivität auf, die sich oft auch gegen die eigene Person richtet. Aus diesem Grund verlangt die Initiative, dass die Aufgabe der Schulbegleitung von qualifizierten Kräften übernommen wird. In Frage kommen beispielsweise Heilerziehungspfleger und Erzieher. Der Bezirk gestattet es bislang jedoch auch angelernten und daher billigeren Hilfskräften, diese Arbeit zu leisten.

Der Ausschuss fordert nun von den Bezirken und den beteiligten Ministere-

rien umgehend Neuverhandlungen mit den Trägern der Schulbegleitung. Zu diesen zählen auch die Lebenshilfen Miltenberg und Aschaffenburg mit derzeit 24 Betreuungsverhältnissen. An den Gesprächen sollen auch Elternvertreter teilnehmen.

Ohne Diskriminierung lernen

Die Initiative wertet das Votum des Landtagsausschusses als »klares Signal an die Bezirke«, die nicht haltbaren Regelungen zu ändern. »Sowohl die Bezahlung als auch die administrativen Regelungen müssen umgehend verbessert werden«, so Manfred Stollenwerk.

Der Initiativensprecher hatte in der Petition auf eine UN-Resolution hingewiesen. Sie besagt, dass Kinder mit Behinderungen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems ohne Diskriminierung lernen können müssen

Manfred Weiß